

Liebe Europäerinnen, liebe Europäer!

Der Wind bläst eisig über die Plätze und Straßen in der Altstadt von Damaskus. Die Temperaturen sind in der Nacht erheblich gesunken. Auf den Bergen hat es geschneit. Und dennoch: Der syrische Stadtführer fesselt mit seinen Geschichten über die 5000 Jahre alte Stadt, die Vertreterin der GTZ erläutert die deutsche Hilfe bei der Sanierung historischer Häuser. Unzählige Pilger aus dem Iran strömen in die Omaidjaden-Moschee. So am 5. Februar, am letzten Tag meiner Reise nach Jordanien und Syrien.



Ich bin in einem Teil des Nahen und Mittleren Ostens, der mit seinen Konflikten die internationale Politik bestimmt. Der ungelöste Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, das Verhältnis Israels zum Libanon, zu Syrien und Jordanien.

Das Königreich Jordanien reichte vor Jahren Israel die Hand. Ein Friedensvertrag war die Folge. Jedoch Enttäuschung macht sich auf jordanischer Seite breit wegen der starren Haltung Israels beim Bau von Siedlungen, dem Verhalten im Gaza-Streifen etc.

Von Friedensverhandlungen zwischen Syrien und Israel ist man weit entfernt. Ein Zankapfel ist u.a. die israelische Besetzung der Golan-Höhen. Vor Monaten gab es unter Vermittlung der Türkei erste Gespräche zwischen Syrien und Israel. Die Gewalttätigkeiten zwischen Israel und der Hamas machten dieser Hoffnung ein Ende.

Nein, so ganz kalt wie die Temperaturen in Damaskus sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Syrien nicht. Aber sie könnten trotz manch strittiger Themen viel besser sein. Syrien, so meine Meinung, wird bei einem allumfassenden Friedensprozess gebraucht. Die Bundesregierung könnte dieses Land im Nahen Osten in ihre Politik stärker mit einbeziehen. Während die wirtschaftlichen Beziehungen sich allmählich verbessern, fehlt in der Friedenspolitik noch der Schwung.

Diesen Monat

Editorial:
Dienstreife Jordanien + Syrien S.1
Finanzpolitik in Europa und die griechische Schuldenkrise S.2 S.3

Das Europäische Jahr 2010 S. 3

Impressum:
Der Newsletter wird herausgegeben von Günter Gloser, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: 030/227 711 87

Wahlkreisbüro:
Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg,
Tel: 0911/4389630

E-Mail: guenter.gloser@wk.bundestag.de
Internet: www.guenter-gloser.de

Dies ist die Quintessenz aus meinen Gesprächen u.a. mit dem Außenminister der Republik Syrien. Lasst uns die politische Eiszeit beenden! Dies auch deshalb, weil die Vereinigten Staaten kürzlich wieder einen Botschafter nach Damaskus entsandt haben. Ich bin optimistisch. Den kalten Tagen in Damaskus wird bald der Frühling folgen – ich hoffe, das gilt auch für die Beziehungen unserer beiden Länder!

Ausgabe März 2010

Termine

01.-05. März
Sitzungswoche in Berlin

01. März
Europa-Akademie München

03. März
Auswärtiger Ausschuss in Warschau

11.-14. März
Parlamentarische Versammlung der europ. Mittelmeeranrainerstaaten in Amman



15.-19. März
Sitzungswoche in Berlin

21.-25. März
Synode der Ev.-Luth. Landeskirche in Weiden

22.-25. März
Sitzungswoche in Berlin

26. März-02. April
Dienstreife nach Tunesien und Marokko

Finanzpolitik in Europa und die griechische Schuldenkrise

Eine gemeinsame europäische Finanz- und Währungspolitik war in den Römischen Verträgen von 1957 (noch) nicht vorgesehen. Im Art. 107 ist jedoch schon von einem gemeinsamen Interesse in Angelegenheiten der europäischen Wechselkurse die Rede. Anfang der 70er reifte in der Europäischen Gemeinschaft die Vorstellung eines Europäischen Währungssystems (EWS), um die Wechselkurse in Europa zu stabilisieren.

Seither gilt das Europäische Währungssystem als Grundstein der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU).

Im Jahre 1998 errichtete die EU schließlich die unabhängige Europäische Zentralbank (EZB), die sich sowohl als Mutter der Gemeinschaftswährung Euro als auch der nationalen Zentralbanken der Euro-Zone versteht.

Sie überwacht die Wertbeständigkeit des Euro und stellt aufgrund ihrer weit reichenden Zuständigkeiten und zunehmenden Entscheidungsbefugnisse ein Paradebeispiel der voranschreitenden Vergemeinschaftung

dar. 1999 führten insgesamt elf EU-Mitglieder den Euro ein, Griechenland folgte 2001. Dänemark, Großbritannien und Schweden behielten ihre eigene Währung. Von den EU-Neumitgliedern haben bisher Malta, die Slowakei, Slowenien und Zypern den Euro eingeführt, alle anderen streben die Euro-Einführung an.

Der Vertrag von Maastricht (1992) beinhaltet mehrere Bedingungen, die so genannten Konvergenzkriterien, die seitens der Euro-Länder eingehalten und seitens der Euro-Anwärter erfüllt werden müssen. Die EZB prüft diese laufend.

- ▶ eine jährliche Neuverschuldung von max. 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP)
- ▶ eine max. Gesamtverschuldung von 60% des BIP
- ▶ eine Inflationsrate, die den Durchschnitt der drei stabilsten Mitgliedstaaten um max. 1,5% übersteigt
- ▶ ein langfristige Normalzinssatz, deren Durchschnitt der drei stabilsten Staaten um max. 2% übersteigt
- ▶ über mindestens 2 Jahre stabile Wechselkurse und keine Abwertung der eigenen Währung gegenüber einer anderen

Eine zentrale Rolle in der EU-Finanzpolitik spielen die Wirtschafts-



und Finanzminister. Im Ecofin-Rat kommen sie halbjährlich zusammen. Sein Aufgabenbereich besteht vor allem darin, Widersprüche in der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu verhindern. Hierzu untersucht er neben den Haushaltspolitiken und den öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten auch Angelegenheiten des Euro, der Finanzmärkte und des Kapitalverkehrs. Entscheidungen fällt der Ecofin-Rat zumeist durch qualifizierte Mehrheit.

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise stellt die Konvergenzkriterien zunehmend in Frage und erschwert die Arbeit der EU. Faktisch überschritten im vergangenen Jahr 22 der 27 Mitgliedstaaten den jährlichen Grenzwert des Haushaltsdefizits, wobei vier Staaten über die 10%-Marke hinausgeschossen sind (Griechenland: 12,7%). Zudem blieben 2009 Haushaltsüberschüsse völlig aus. Die Gesamtverschuldung der einzelnen EU-Staaten nimmt ebenso ausnahmslos zu.

Das griechische Dilemma

Ein europäisches Paradoxon stellt die anhaltende finanzielle Schieflage in Griechenland dar. Falsche Angaben über den Schuldenstand und unzureichende Kontrollen von Seiten der EU ermöglichten den Griechen überhaupt erst die Einführung des Euro. Darüber hinaus führten Misswirtschaft und fehlende Steuereinnahmen dazu, dass Griechenland seit mehreren Jahren als führender Defizitsünder rangiert. Der Ecofin-Rat hat

Links im Bild: der amtierende griechische Regierungschef Giorgos Andrea Papandreou (r.) im Gespräch mit dem US-Diplomaten Matthew Nimetz



den Griechen nun strikte Sparauflagen vorgelegt, um bis 2012 das Haushaltsdefizit auf die vorgegebene EU-Höchstgrenze zu reduzieren. In diesem Jahr soll dieses bereits auf 8,7% sinken. Kredite kann Griechenland durch die EU bzw. einzelne Mitgliedstaaten nicht erhalten. Diesen ist ein aktives Eingreifen in die Schuldenproblematik anderer Mitglieder ebenso untersagt, wie der EZB. Einzig der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die Möglichkeit, Griechenland entsprechende Finanzmittel bereitzustellen. Diese errechnen sich aus dem Wert der griechischen Währungsreserven, die beim IWF hinterlegt sind, den so genannten Quoten.

Kritik erntet die EU aktuell aufgrund ihrer Unterstützungsgarantien, sollte sich die Lage Griechenlands weiter verschärfen. Experten befürchten, Finanzhilfen für Griechenland könnten bei weiteren angeschlagenen EU-Mitgliedern Hilfe-Rufe nach gleichwertigen Finanzhilfen auslösen. Als Hintertür bleibt der EU die Möglichkeit, Projektförderungsmittel für bestimmte Politikbereiche an Griechenland zu vergeben, um dort den nationalen Haushalt zu entlasten.

Momentan durchleuchten sowohl der IWF als auch die EZB den nationalen Finanzapparat Griechenlands. Welche Entwicklung die Schuldenproblematik in Griechenland nehmen wird und welche Auswirkungen sie auf die EU haben wird, bleibt abzuwarten.



Eine Gottheit der Finanzwelt haben die Griechen bisher noch nicht gebraucht. Ist es Zeit für einen neuen Mitbewohner auf dem Olymp?

2010 European Year for Combating Poverty and Social Exclusion

Die Europäische Union ist eine der reichsten Gegenden der Welt. Nichtsdestotrotz haben 17% der Europäer nicht genügend Mittel, um sich ihre grundlegendsten Bedürfnisse erfüllen zu können.

Armut wird oft mit Entwicklungsländern in Verbindung gebracht, wo Unterernährung, Hunger, und der Mangel an sauberem Trinkwasser zum Alltag gehören. Aber Europa ist ebenso von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Nicht so ausgeprägt, aber dennoch zu inakzeptablem Ausmaß. Armut und Ausgrenzung eines einzelnen Individuums führen letztendlich zur Armut einer ganzen Gesellschaft. Europa kann nur dann stark sein, wenn das Potenzial jedes einzelnen voll ausgeschöpft wird.

Es gibt kein Patentrezept gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Eines ist jedoch sicher: Diesen Kampf können wir nur gemeinsam gewinnen. Es ist an der Zeit, unser Bekenntnis zu Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und mehr Integration zu erneuern.

Solidarität, ein insbesondere in Krisenzeiten wichtiges Konzept, ist einer der zentralen Werte der Europäischen Union. Der Begriff „Union“ ist dabei bezeichnend – angesichts der Wirtschaftskrise sitzen wir alle in einem Boot. Solidarität bedeutet ein Sicherheitsnetz für jeden einzelnen.

Das Europäische Jahr 2010 verfolgt deshalb die folgenden Ziele und Leitlinien:

1. **Anerkennung von Rechten**
2. **Gemeinsame Verantwortung und Teilhabe**
3. **Zusammenarbeit**
4. **Engagement und konkretes Handeln**